

Hatte Marx doch Recht?

DIE ZENTRALVERWALTUNGSWIRTSCHAFT DER DDR ALS MODELL ZUR KRISEN-
BEWÄLTIGUNG ?

Vorbemerkungen/Struktur der Unterrichtsreihe

Die Problemfrage der vorliegenden Unterrichtsreihe „Hatte Marx doch Recht? Die Zentralverwaltungswirtschaft der DDR als Modell zur Krisenbewältigung?“ nimmt Bezug zu Aspekten der Alltagsdiskussion, in der im Zusammenhang mit der Bewältigung der Finanzkrise ab 2008 die Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft angesprochen wird. Die Schüler werden mit den unterschiedlichsten Argumenten in den Alltagsweltdiskussionen konfrontiert, oft mit dem Argument, dass die (soziale) Marktwirtschaft der eigentliche Grund für die Finanzkrise sei und die Planwirtschaft sich letztlich als das gerechtere Modell herausstelle (s. Mind Map in der Einstiegsphase). Um die aktuelle Diskussion auf einem rationalen Niveau analysieren und beurteilen zu können, informieren sich die Schüler in der Unterrichtsreihe über die Grundlagen und die politische Bedeutung der Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR unter der genannten Problemfrage. Damit die Schüler die Problemfrage umfassend beurteilen können, sind aber nicht nur Kenntnisse über die Zentralverwaltungswirtschaft, sondern auch solche über die Soziale Marktwirtschaft gefordert. Hinzu kommen Informationen über den Entstehungsgrund, den Verlauf sowie die Probleme der Finanzkrise seit 2008. Nicht zuletzt beruht ein begründetes Urteil auf politisch – ökonomischen Einsichten über geeignete Maßnahmen zur Bewältigung der Krise.

Voraussetzung für eine solche umfassende Analyse ist eine Methodenkompetenz, welche die Schüler dazu befähigt, den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft zu erfassen. Diese Kompetenz soll in einer eigenen Leistungsphase vermittelt werden (Abschn. 1).

Es empfiehlt sich folgende Struktur des Lernprozesses:

- | | |
|--------------|---|
| Einstieg: | Einstiegsdiskussion: Alltagsdiskussionen über die Gründe der Finanzkrise und deren Bewältigung; Vorkenntnisse der Schüler/Erstellung einer Mind Map/Erarbeitung des Input- Output- Modells zur Analyse des Zusammenhangs zwischen Politik und Wirtschaft; M0) |
| Analyse: | Vergleich der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR mit der Sozialen Marktwirtschaft (M 1 - M7) |
| Beurteilung: | Beurteilung der Frage: Mit welchen politischen und ökonomischen Mitteln kann die Finanzkrise bekämpft werden? (M 8 – M 11) |

INHALTwww.DDRMythen.de

- 1 Politikdidaktische Hinweise
 - 1.1 Zur Analyse des Zusammenhangs von Politik und Wirtschaft: Entwicklung der Methodenkompetenz
 - 1.2 Kategoriale Analyse nach dem „Input - Output – Modell“
 - 1.3 Arbeitsaufträge zur Einstiegsphase
- 2 Lehrerinformationen: Kenntnisse, Erkenntnisse und Einsichten/Arbeitsergebnisse
- 3 Materialien und Arbeitsaufträge
 - 3.1 Materialien
 - M 1 Ideologische Begründung der Zentralverwaltungswirtschaft
 - M 2 Definition der Plan-/ Zentralverwaltungswirtschaft und Funktionsweise
 - M 3 Die realwirtschaftliche Umsetzung: Einschränkung der Freiheit
 - M 4 Die Vor- und Nachteile des Modells der Zentralverwaltungswirtschaft?
 - M 5 Woran die Planwirtschaft in der früheren DDR scheiterte
 - M 6 Schürer Bericht
 - M 7 Die Soziale Marktwirtschaft hat einen festen Ordnungsrahmen
 - M 8 Wie die Krise entstand
 - M 9 Die soziale Marktwirtschaft in der Finanzkrise
 - M 10 Köhler nimmt sich Banker zur Brust
 - M 11 Beschlüsse des G20 Gipfels in London
 - 3.2 Arbeitsaufträge für die gesamte Unterrichtsreihe
- 4 Quellen- und Literaturverzeichnis/Literaturhinweise

1. POLITIKDIDAKTISCHE HINWEISE

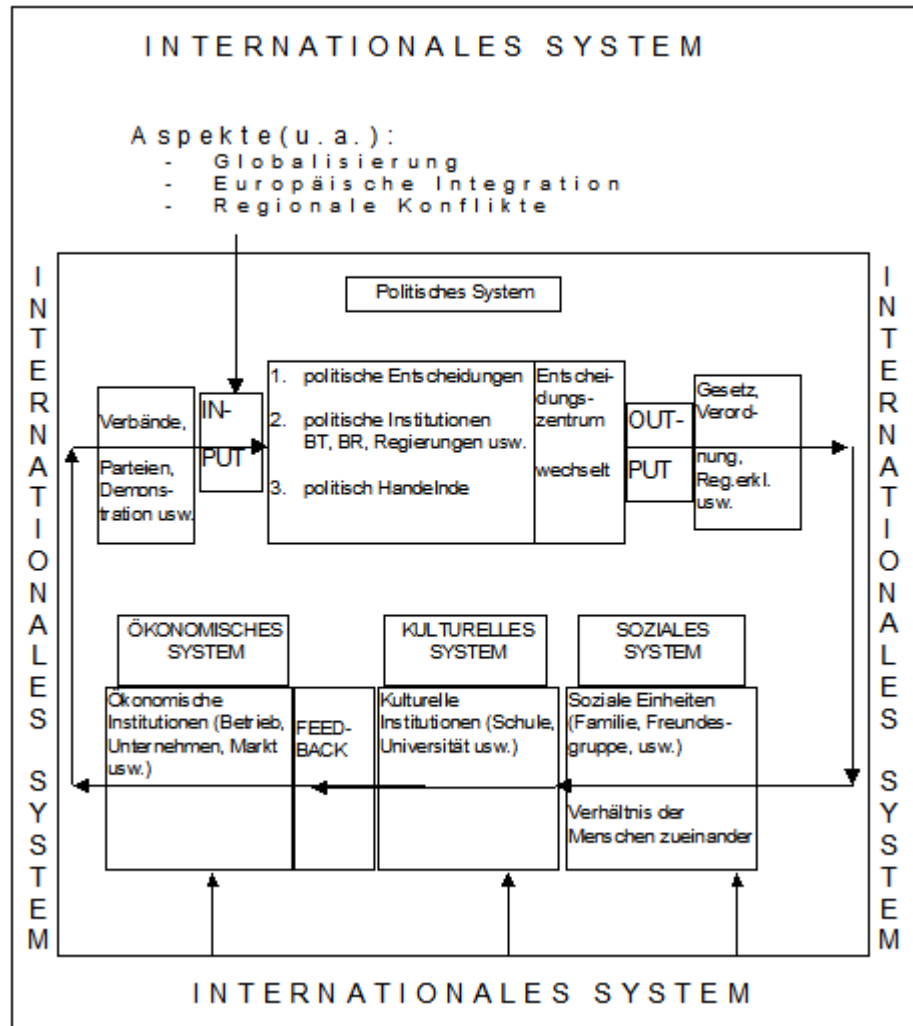
www.DDRMythen.de

1.1 Zur Analyse des Zusammenhangs von Politik und Wirtschaft

Eine politikdidaktische Analyse des Zusammenhangs von Politik und Wirtschaft benötigt Kategorien, die sich dadurch auszeichnen, dass sie die einzelnen gesellschaftlichen Teilaspekte des Analyseschemas in einen ganzheitlichen Zusammenhang einordnen, damit die Interdependenz von Politik / Wirtschaft / Gesellschaft / Kultur für die Lernenden durchschaubar wird.

Den hier erhobenen Forderungen wird ein „Systemmodell“ gerecht, mit dessen Hilfe die Schüler die Umweltbeziehungen des ökonomischen Systems, politische Prozesse und den politischen Wandel im Unterricht erfassen können.¹

MO Input – Output – Modell



Aus: Carl Deichmann, Lehrbuch Politikdidaktik, a.a.O., S.89

¹ Vgl. Carl Deichmann, Lehrbuch Politikdidaktik, Wien/München 2004, S.89 ff., auch für das Folgende.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

In dem obigen analytischen Modell wird - graphisch verdeutlicht - Gewicht auf die zentrale Stellung des politischen Systems gelegt, welche in der Geltungskraft der politischen Entscheidung für die Gesamtgesellschaft begründet ist.²

Durch die besondere Heraushebung des politischen Systems, auch für den ökonomischen Lernbereich, soll einerseits die politische Relevanz der Bedingungen ökonomischen Handelns hervorgehoben werden. Andererseits sollen die politischen Auswirkungen ökonomischer Prozesse in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken. Hinzu kommt die Möglichkeit, im Unterricht bei der Beobachtung eines bestimmten ökonomischen Problems die Auswirkungen auf die anderen Teilbereiche der Gesellschaft zu beobachten.

Dieser Ansatz ist selbst dann von Bedeutung, wenn es um die Überlegungen geht, welche die Auswirkungen übergeordneter, internationaler Vereinbarungen und Bündnisse auf die nationalen politischen und ökonomischen Systeme untersuchen, so wie das z.B. bei der Finanzkrise der Fall ist.

Das Modell provoziert gerade zu einer Problematisierung in diesem Sinne und führt die Schüler zu der Einsicht, dass nationale politische Systeme angesichts internationaler Rahmenbedingungen in einem eingeschränkten politischen und ökonomischen Handlungsfeld operieren.

Mit Hilfe der analytischen Orientierung wird der Schüler bei der Betrachtung der ökonomischen Strukturen oder der ökonomischen Prozesse immer zu den **Fragen** provoziert werden:

- In welcher Weise sind die entsprechenden ökonomischen Strukturen, Prozesse, Konflikte **politisch**, d.h. durch eine zentrale, für alle Mitglieder prinzipiell verbindliche Entscheidung bedingt? In welcher Weise werden diese politischen Entscheidungen in den konkreten Fällen durch den Einfluss des internationalen politischen Systems ersetzt oder beeinflusst?
- Welche politischen **regulativen Ideen** stehen „hinter“ der entsprechenden politischen Entscheidung?
- Welche Auswirkungen haben ökonomische Strukturen und Prozesse auf das **politische System** und auf politische Entscheidungen?
- Welche Auswirkungen haben ökonomische Strukturen und Prozesse auf das **soziale System**?
- Welche Auswirkungen haben ökonomische Strukturen und Prozesse auf das **kulturelle System**?
- Welche Auswirkungen haben internationale Entscheidungen und Prozesse auf die ökonomische Struktur und die **Alltagswelt** der Bürger?

1.2 Kategoriale Analyse nach dem „Input - Output – Modell“

Damit die Schüler im Politikunterricht die politische Dimension ökonomischer Institutionen und Prozesse erfassen können, sollten noch die folgenden **Begriffe als analytische Kategorien** eingeführt werden:

² Vgl. Wolf-Dieter, Narr, Theoriebegriffe und Systemtheorie. Einführung in die moderne politische Theorie, Stuttgart (2) 1971, S.124ff.

Das Politische System.

Es umfasst:

1. die politischen Institutionen, die an der politischen Entscheidung, deren Ausführung und der Kontrolle ihrer Respektierung beteiligt sind,
2. die Menschen, die in diesen Institutionen handeln,
3. die schon getroffenen Entscheidungen, die den anderen Teilsystemen deren Struktur geben,
4. die Interaktionsregeln, nach denen sich die Interaktionen zwischen den im politischen System Handelnden ausrichten.

Es ist sinnvoll, den analytischen Begriff „**politische Ordnung**“ dann zu benutzen, wenn neben den Institutionen, Rollenträgern und Interaktionsregeln (getroffene Entscheidungen) auch die regulativen Ideen und die subjektive Dimension der politischen Realität in die Reflexion einbezogen werden.³

Nach dieser Definition gehören also auch alle die von den Inhabern der politischen Herrschaft⁴ getroffenen Entscheidungen zum ökonomischen System, die dem ökonomischen System dessen Struktur gegeben haben, die diese Struktur stabilisieren oder modifizieren. Die jeweiligen Interaktionen von Geschäftspartnern, von Konsumenten und Produzenten, welche den Marktpreis bestimmen, die Interaktionen zwischen Geschäftsführung und Betriebsratsvorsitzendem usw. als politische Interaktionen zu qualifizieren, ergibt natürlich keinen Sinn, da der **Politikbegriff** auf alle sozialen Interaktionen angewendet würde. Die Tatsache jedoch, dass diese Interaktionen möglich sind, ist politisch, da die **Bedingungen für dieses Handeln** von der politischen Herrschaft stabilisiert sind. Die grundsätzlich getroffenen Entscheidungen, die diese Interaktionen ermöglichen - Wettbewerbsfreiheit, Eigentumsrecht, Betriebsverfassungsgesetz usw. - gehören somit zum politischen System. Dies gilt sinngemäß für die anderen Teilsysteme der Gesellschaft.

Wenn diese Bedingungen, was im Einzelfall zu untersuchen ist, von der EU oder von Globalisierungsprozessen geschaffen oder beeinflusst werden, sind sie nicht weniger „politisch“ im Sinne dieses erweiterten Politikbegriffes.

Das **ökonomische System** wird definiert als die Summe der am Produktions- und Distributionsprozess beteiligten Institutionen, den Menschen, die dort handeln (insofern die Individuen ihre ökonomische Rolle wahrnehmen) und den Regeln, nach denen sich diese Interaktionen ausrichten. (Diese Regeln sind zum Teil durch Gesetz festgelegt und machen von daher ebenfalls die Qualität des politischen Systems aus).

Das **kulturelle System** besteht aus der Summe der kulturellen Institutionen und der in diesen handelnden Menschen, insofern diese ihre jeweiligen Rollen wahrnehmen. Es besteht auch aus den Regeln, nach denen sich die Interaktionen der Menschen ausrichten. Diese Regeln sind zum Teil durch Gesetz festgelegt. Es umschließt aber auch die politische Kultur.

³ Vgl. zum Begriff der politischen Ordnung: Manfred Hättich, Lehrbuch der Politikwissenschaft. Bd.2, Theorie der politischen Ordnung, Mainz 1969, S. 11ff.

⁴ Vgl. zum Begriff der politischen Herrschaft, die sich gegenüber anderen Herrschaftsverhältnissen in einer Gesellschaft durch ihre `Dominanz und Totalität` auszeichnet: Manfred Hättich, Demokratie als Herrschaftsordnung, Köln / Opladen 1967, S.89.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Damit sind die Meinungen, Einstellungen und Wertorientierungen der Menschen gemeint, welche sich auf die Politik und auf ihre eigene Rolle im politischen System und im politischen Prozess beziehen.

www.DDRMythen.de

Das **soziale System** bilden die Institutionen (Familie, Freizeitgruppe usw.), aber auch die Rollenbeziehungen und Interaktionsregeln der Menschen, soweit sie nicht hinsichtlich ihrer besonderen Qualität dem politischen, ökonomischen und kulturellen System zuzuordnen sind. Wie bei anderen Teilsystemen der Gesellschaft ist auch ein großer Teil der Interaktionsregeln durch politische Entscheidung bedingt (Ehegesetze, Vereinsrecht, Gesetze zum Renten-, Gesundheitssystem usw.).

1.3 Arbeitsaufträge zur Einstiegsphase

- Erstellen Sie eine Mind Map zu den Gründen für die Finanzkrise.
- Diskutieren Sie die Frage, ob eine Planwirtschaft geeignet wäre, die Finanzkrise zu bewältigen.
- Wie kann nach Ihrer Meinung der Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft analysiert werden (Interpretation nach dem Input – Output – Modell; M0).

2 LEHRERINFORMATIONEN: KENNTNISSE, ERKENNTNISSE UND EINSICHTEN/ARBEITSERGEBNISSE

3. MATERIALIEN UND ARBEITSAUFTRÄGE

3.1 Materialien

M1 Ideologische Begründung der Zentralverwaltungswirtschaft

Entsprechend der Ideologie der SED, welche in der marxistisch-leninistischen Theorie der politischen Ökonomie, des dialektischen und historischen Materialismus und in der Parteilehre Lenins begründet ist, diente die Wirtschaftsordnung dem Aufbau der „sozialistischen Demokratie“, also der „Diktatur des Proletariats“.

Die Wirtschaft diente dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Da nach kommunistischer Ideologie die Ausbeutung der Menschen und die Abschaffung der Klassen nur mit Hilfe der Vergesellschaftung (in der Praxis: Verstaatlichung) der Produktionsmittel möglich ist, spielte in der DDR-Wirtschaft der Privatbesitz nur eine verschwindend geringe Rolle. Man unterschied zwischen dem „Volkseigentum in volkseigenen Betrieben“ und genossenschaftlichem Eigentum in genossenschaftlichen Betrieben, die in der Praxis weitgehendem staatlichem Einfluss unterworfen waren. Zum genossenschaftlichen Eigentum gehörten die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die Genossenschaften des Handwerks und die Konsumgenossenschaften.

Da nach der Ideologie der SED im Mittelpunkt des Herrschaftsanspruchs die Aufhebung der Ausbeutung und die Aufhebung der Entfremdung des arbeitenden Menschen stand, garantierte die DDR ein „Recht auf Arbeit“. Das Recht auf Arbeit, das jeder DDR-Bürger besaß, bedeutete jedoch nicht das Recht auf eine der Ausbildung unbedingt entsprechenden Tätigkeit. Umgekehrt stellte das Recht auf Arbeit gleichzeitig eine Pflicht zur Arbeit dar.

(Carl Deichmann, Abiturwissen. Der Weg zur Einheit und das vereinigte Deutschland, Stuttgart (2) 2000, S. 110.)

M2 Definition der Plan-/ Zentralverwaltungswirtschaft und Funktionsweise

Definition

Die Plan-/ Zentralverwaltungswirtschaft ist ein wirtschaftliches Ordnungsmodell. Bei diesem Ordnungsmodell handelt es sich um ein zentralgesteuertes System, bei dem der Mengenausgleich zwischen den Wirtschaftssubjekten durch Planvorgabe, Anreiz- bzw. Strafsysteme und Zuteilungssysteme erfolgt. (Günter Schiller: Volkswirtschaftslehre. Eine entscheidungsorientierte Einführung. Darmstadt 1992, S. 19.)

Zur Funktionsweise

In einer Plan-/ Zentralverwaltungswirtschaft übernimmt die sogenannte Planbehörde die Funktion, die in einer freien Marktwirtschaft der Preismechanismus erfüllt. Durch diese werden alle Pläne der volkswirtschaftlichen Wirtschaftssubjekte aufeinander abgestimmt, lenkt die Produktion und regelt diese mit Anreiz- und Sanktionssystemen. An Hand der Mengenanbilanzen erfolgt eine Abstimmung der Einzelpläne, die für alle Güterarten der Volkswirtschaft benötigt werden. Verschiedene Güterarten von Gut A, über Gut B zu Gut C sind untereinander im Produktionsprozess abhängig. Ein Produkt Auto erfordert bei der Herstellung bestimmte Mengen Blech, und die Blechproduktion basiert wiederum auf einer bestimmten

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

Menge Stahl. Sind die grundsätzlichen Verzahnungen und Abhängigkeiten der Mengenbilanzen einer Volkswirtschaft von der Zentrale festgelegt, so kann in einem nächsten Schritt die Abstimmung der Bilanzen erfolgen. Hierbei entsteht die Notwendigkeit der Planung in Runden:

Erste Runde: Durchlauf von der Zentrale nach unten zu den Wirtschaftseinheiten der Urproduktion. Die Behörde informiert dabei die einzelnen Betriebe, welche Güter in welchen Mengen zu produzieren sind.

Zweite Runde: Die Betriebe informieren die Zentrale über ihre Produktionsmöglichkeiten, der Informationsfluss verläuft somit von unten nach oben. Am Ende dieses Informationsprozesses hat die Zentrale die Aufgabe, die Mengenbilanzen zu koordinieren und aufeinander abzustimmen.

Die Beseitigung der Fehlmengen kann sowohl auf der Aufkommenseite wie auch auf der Verwendungsseite erfolgen.

Dritte Runde: Die Zentrale erteilt von oben nach unten verbindliche Planaufgaben in Form von Kennziffern, an die sich die Produzenten und Konsumenten zu halten haben.

Die Informationswege verlaufen also in beiden Richtungen, von oben nach unten und umgekehrt. Grundsätzlich besteht jedoch der Unterschied, dass von oben nach unten geleitete Informationen häufig Anweisungs- und Befehlscharakter besitzen, während die von unten nach oben verlaufenden Informationen lediglich Mitteilungcharakter haben. (Günter Schiller: Volkswirtschaftslehre. Eine entscheidungsorientierte Einführung. Darmstadt 1992, S. 17f.)

M3 Die realwirtschaftliche Umsetzung: Einschränkung der Freiheit

In den 80er Jahren waren die Industrie und das Verkehrswesen zu 98% verstaatlicht. Produzierendes Handwerk: 73 % der Berufstätigen arbeiteten in Privatbetrieben, der Rest in Genossenschaften; Landwirtschaft: 79 % der Berufstätigen arbeiteten in Genossenschaften, nur 1 % in Privatbetrieben (Rest = staatliche Betriebe); Bauwirtschaft: weitgehend verstaatlicht (noch 19 % der Beschäftigten arbeiteten in Genossenschaften, 7 % in Privatbetrieben); privater Anteil am Binnenhandel und am Dienstleistungsbereich lediglich jeweils etwa 5 %.

Die Verstaatlichung und die Einrichtung von staatlich kontrollierten Produktionsgenossenschaften diente der SED dazu, denjenigen Lebensbereich, mit dem alle Bürger (sei es auch nur als Konsumenten) verbunden sind, zu kontrollieren. Letztlich entschied die Partei darüber, was und in welchen Mengen produziert wurde, welche Investitionen in den Betrieben vorzunehmen waren und wie die produzierten Güter verteilt wurden. Dadurch bestimmte sie auch über die Preise und das Angebot der Konsumgüter. Die Zentralverwaltungswirtschaft unter der Leitung der SED sicherte das sozialistische System, weil verhindert wurde, dass die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen der Handwerker, der freiberuflich Tätigen, der verschiedenen Gruppen in den Betrieben, in vielfältige politische Interessen umschlugen.

Auch Streiks waren verboten, weil nach der Ideologie der SED durch die Schaffung des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln die Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern überwunden waren. Mitbestimmung im Betrieb konnte nicht bedeuten, dass die Arbeitnehmer ihre Interessen gegenüber der Unternehmensleitung durchsetzten, sondern sie bedeutete, sich im Betrieb oder in einem Arbeitskollektiv (hiermit ist die Gruppe ge-

meint, in der man im Betrieb, im Büro oder Labor arbeitet) für die von der Partei festgelegten Produktionsziele aktiv einzusetzen.

Die Erwerbstätigen in der DDR waren vom sozialistischen Staat voll in den ökonomischen Produktions- und Verteilungsprozess eingebunden und leisteten ihren Beitrag für die von der Partei vorgegebenen Ziele. Im Rahmen der „Leistungsstruktur der Wirtschaft“ konnten die „Werkstätigen“ auf Betriebsebene einen geringen Einfluss auf die Planung ausüben, denn die von der staatlichen Plankommission ausgehende zentrale Planung der Volkswirtschaft der DDR war auf die Informationen aus den Betrieben angewiesen. Die Informationen „von unten nach oben“ bildeten eine Voraussetzung für die endgültige Entscheidung über die Fünfjahrespläne und für die sie konkretisierenden Jahrespläne der Partei.

Zur Erfüllung der verschiedenen Pläne fand ein „sozialistischer Wettbewerb“ statt. Die verschiedenen Arbeitskollektive in den Betrieben oder zwischen den verschiedenen Betrieben führten einen Wettbewerb um eine Produktivitäts- und Effektivitätssteigerung in der Produktion.

Der FDGB, die sozialistische Gewerkschaft, sah in der Mobilisierung für den sozialistischen Wettbewerb und in der Sorge um die Planerfüllung seine wichtigsten Aufgaben. Er verstand sich also nicht als Interessenorganisation der Arbeitnehmer, sondern eher als die Verbindung zwischen der zentralen staatlichen Leitung der Volkswirtschaft und den „Werkstätigen“.

Darüber hinaus sorgte der FDGB für Berufsausbildung und Berufsbildung und er übernahm wichtige Aufgaben im Bereich der Sozialpolitik, da er für die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der meisten Rentner zuständig war. Die Tarife für die einzelnen Lohn und Gehaltsgruppen legte der Ministerrat „im Benehmen mit dem FDGB“ fest. (Carl Deichmann, Abiturwissen. Der Weg zur Einheit und das vereinigte Deutschland, Stuttgart (2) 2000, S. 110.)

M4: Die Vor- und Nachteile des Modells der Zentralverwaltungswirtschaft?

Nachteile der Zentralverwaltungswirtschaft

Die folgenden ökonomischen und sozialen Tatbestände waren ständige Ärgernisse der DDR-Bürger:

- In der DDR bestand 1985 ein tatsächlicher Einkommensrückstand von 53% gegenüber der Bundesrepublik;
- einerseits waren viele Grundnahrungsmittel, die Fahrpreise bei den öffentlichen Verkehrsmitteln oder die Mieten viel billiger als in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Ländern – andererseits zählten Grundnahrungsmittel wie Kaffee, Süßfrüchte und Kakao zu Luxusartikeln, welche die DDR-Bürger nur selten und zu sehr hohen Preisen kaufen konnten;
- die DDR litt unter großem Devisenmangel, weil sie fast alle teuren Rohstoffe (wichtigster eigener Rohstoff: Braunkohle) einkaufen musste;
- große Schwierigkeiten bei der Verteilung von Gütern in der Zentralverwaltungswirtschaft führten zu Ungleichgewichten zwischen Nachfrage und Angebot;
- langes Anstehen nach Konsumgütern und lange Wartezeiten bis zur Zuteilung einer Wohnung waren negative Folgen der Planung, welche den Alltag erschwerten; hohe Preise für modische Kleidung, Küchengeräte, Rundfunkgeräte, Kassettenrekorder und

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

besonders für den in der DDR so begehrten PKW (Wartburg), der 24500 DM kostete - in der Bundesrepublik hätte damals ein vergleichbarer PKW 10210 DM gekostet);

www.DDRMythen.de

- jahrelanges Warten auf die Lieferung bestimmter Güter (besonders Autos).

Die Ineffektivität der Zentralverwaltungswirtschaft war durch den Tatbestand begründet, dass sich der Preis der Güter in einem planwirtschaftlichen System nicht wie in einer Marktwirtschaft nach Angebot und Nachfrage und somit nicht an den Bedürfnissen der Konsumenten ausrichtete, sondern an den Entscheidungen der politischen Führung. Der Staat bestimmte im Rahmen seiner Fünfjahrespläne, ob z.B. hauptsächlich in der Konsumindustrie oder in der Schwerindustrie investiert wurde, und er legte auch die Preise für die entsprechenden Güter fest. Da viele Grundnahrungsmittel billig gehalten wurden, also zum Teil unter Herstellungskosten (mit Zuschüssen des Staates) verkauft werden mussten und die Bürger viele Leistungen, z.B. im Gesundheitswesen, zum Null-Tarif erhielten, setzte der Staat die Preise für andere Güter, die „nicht so wichtig“ für das Leben der Bürger waren – und die sogar noch importiert werden mussten - sehr hoch an. Außerdem mussten viele Güter exportiert werden, damit Devisen (für den Kauf von Rohstoffen) erwirtschaftet wurden. Die exportierten Güter gingen den Konsumenten in der DDR verloren.

Die Mängel des planwirtschaftlichen Systems der DDR-Wirtschaft zeigten sich den DDR-Bürgern nicht nur im Bereich des Konsums, sondern ebenfalls in der schlechten Infrastruktur (schlechte Straßen, überalterte Verkehrsträger, Defizite in der gesamten Bausubstanz bei Kindergärten, Schulen, Universitäten etc.) und in den veralteten Produktionsbedingungen.

Nicht zuletzt erschwerten die großen Umweltprobleme den Alltag, wie z.B. die Emissionen der fast ausschließlich mit Braunkohle geheizten Privatwohnungen und Produktionsstätten und aus den meist ungefilterten Schornsteinen der Produktionsstätten, die Überdüngung in der landwirtschaftlichen Produktion, die ungeklärten Abwässer der chemischen Industrie, welche Bäche und Flüsse verunreinigten, die Ablagerung giftiger Rückstände aus der Industrie auf mangelhaft gesicherten Halden, Industrieabfälle aus der alten Bundesrepublik, die die DDR auf schlecht gesicherten Halden lagerten (welche z.B. das Grundwasser verunreinigten), um Devisen zu erhalten, die mit Braunkohle betriebenen Kraftwerke zur Stromerzeugung (hoher CO₂- und SO₂-Ausstoß), die Gefährlichkeit der in der ehemaligen DDR installierten Atomkraftwerke des „Tschernobyl“-Typs.

Vorteile der Zentralverwaltungswirtschaft?

- mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln kann ein einzelner kein Vermögen an einem Betrieb erwerben. Damit wird die Entstehung von Vermögenseinkommen in Form von Gewinnen oder Dividenden verhindert, und es entfällt eine wesentliche Ursache für ungleiche Einkommensverteilung in einer Volkswirtschaft.
- Kollektiveigentum vermindert egoistisches Besitzdenken und folglich die Ausbeutung breiter Bevölkerungsschichten durch einige wenige. Starke soziale Gegensätze zwischen Armen und Reichen mit Neid, Missgunst und Aggression, wie sie in der marktwirtschaftlichen Ordnung möglich sind, können damit vermieden werden.
- Zudem bietet die zentrale Lohnfindung die Möglichkeit, bestimmte Tätigkeiten nach gesellschaftlichen Wertschätzungen zu entlohnen. Wird die Arbeit einer Krankenschwester für wertvoller gehalten als die Arbeit eines Steuerberaters, so kann dies in der Entlohnung zum Ausdruck kommen, ohne die relative Knappheit der Fähigkeiten berücksichtigen zu müssen.
- Da die zentrale Stelle die Art und Menge der zu produzierenden Güter festlegt und über die Verteilung entscheidet, können die Produktions- und Konsumziele nach sozialen

(politischen) Gesichtspunkten festgelegt werden. Der Produktion von Grundnahrungsmitteln kann ein höherer Stellenwert eingeräumt werden als dem Produzenten von Luxusgütern (bedarfsgerechte Produktion).

(Günter Schiller: Volkswirtschaftslehre. Eine entscheidungsorientierte Einführung. Darmstadt: 1992, S. 19.) Die Herrschaft der SED in Staat und Gesellschaft

M5: Woran die Planwirtschaft in der früheren DDR scheiterte



(Wolfgang Larmann, Krisenfest?, in: Wirtschaft und Unterricht. Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 2/2009, Auszug.)

Bericht des Vorsitzenden der staatlichen Plankommission Gerhard Schürer an den Generalsekretär des ZK der SED Egon Krenz über die wirtschaftliche Lage der DDR im Jahr 1989 (Auszüge)

Die Deutsche Demokratische Republik hat beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bedeutende Erfolge erreicht, die auch international anerkannt werden. [...]

Wir haben in der Mikroelektronik als eines der wenigen Länder der Welt die Entwicklung und Produktion mikroelektronischer Bauelemente einschließlich eines wesentlichen Teils der dazu erforderlichen speziellen Produktionsausrüstungen für hochintegrierte Schaltkreise gemeistert. Dabei wird in Folge des ungenügenden Standes der Arbeitsteilung ein breites Sortiment an mikroelektronischen Erzeugnissen entwickelt und produziert. Die Kosten für diese Erzeugnisse betragen z. Zt. ein Mehrfaches des internationalen Standes. Ihr Einsatz in der Volkswirtschaft der DDR muss gegenwärtig mit über 3 Mrd. M pro Jahr gestützt werden. [...]

Die Feststellung, dass wir über ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält jedoch einer strengen Prüfung nicht stand. [...] Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich hinsichtlich der notwendigen Entwicklung der Produktion der „1000 kleinen Dinge“ sowie der effektiven Leitung und Planung der Klein- und Mittelbetriebe und der örtlichen Versorgungswirtschaft trotz großer Anstrengungen zentraler und örtlicher Organe nicht bewährt, da ökonomische- und Preis-Markt-Regelungen ausblieben. Die Anwendung und Weiterentwicklung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung ist richtig. [...]

Um ein ungeschminktes Bild unserer wirtschaftlichen Lage zu geben, muss im Zusammenhang mit der insgesamt positiven Entwicklung auf bedeutende Probleme der Sicherung der Akkumulation, der Proportionalität, des Entwicklungstempos und der Verwirklichung des Leistungsprinzips hingewiesen werden.

Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40% hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Missverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis. Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.

(Gerhard Schürer, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, in: BStU, 2009 (<http://www.bstu.bund.de/cln_012/nn_925658/DE/MfS-DDR-Geschichte/Revolutionskalender/Okttober-1989/Dokumentenseiten/30-Okttober__d/30__okt__01__text.html__nnn=true> am 19.05.2009))

M7: Die Soziale Marktwirtschaft hat einen festen Ordnungsrahmen

Die Soziale Marktwirtschaft hat mit dem oft zitierten „Turbo“- oder „Raubtier“-Kapitalismus nichts zu tun, sondern ist in einen festen Ordnungsrahmen eingefügt. Dazu gehören zum Beispiel die folgenden Prinzipien:

Soziale Gerechtigkeit: Am Markt lassen sich nur leistungsgerechte Einkommen erzielen. Damit aber diejenigen, die nur begrenzt am Leistungswettbewerb teilnehmen können, nicht ins soziale Abseits geraten, muss die Marktwirtschaft durch eine Sozialordnung ergänzt werden, die in Deutschland wesentlich ausgeprägter gestaltet ist als in vielen anderen Ländern der Welt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

Ende der sechziger Jahre wurde - hauptsächlich von der außerparlamentarischen Opposition - soziale Gerechtigkeit damit gleichgesetzt, dass Einkommen über staatliche Transfers gleich verteilt werden. Von dieser Denkweise sind die Politiker heute überwiegend abgerückt - wichtiger ist ihnen, allen Menschen Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt und damit Chancen auf Wohlstand zu bieten. Diese Meinung vertrat mehr als die Hälfte von 384 deutschen Abgeordneten, die die Bertelsmann Stiftung zum Thema soziale Gerechtigkeit befragt hat. Denn Umverteilung nach dem Gießkannenprinzip ist nicht fair gegenüber jenen, die mehr leisten. Für 29 Prozent der Befragten stand zudem die Mindestabsicherung für sozial Schwache im Mittelpunkt.

Subsidiaritätsprinzip: Eine weitere Leitlinie für die Sozialpolitik ist das Subsidiaritätsprinzip. Das bedeutet: Wenn der Einzelne etwas nicht schafft, hilft zuerst die Familie. Was die Familie nicht bewerkstelligt, müssen Freunde und Nachbarn tun. Was dort nicht geregelt werden kann, muss auf kommunaler Ebene gelöst werden. Die Reihe setzt sich fort über die Länder, und erst ganz zum Schluss kommt der Bund. So ist sichergestellt, dass jeder seine eigene Verantwortung trägt, gleichzeitig aber niemand Hunger leiden muss.

Wettbewerbsordnung: Ein funktionierender Wettbewerb stellt sicher, dass der Verbraucher die besten Qualitäten zu den günstigsten Preisen kaufen kann. Damit der Wettbewerb aber auf Dauer fair bleibt, muss der Staat klare „Spielregeln“ aufstellen und deren Einhaltung überwachen. Das tut in Deutschland das Bundeskartellamt; in Europa sind die Wettbewerbshüter der EU dafür zuständig. Sie kontrollieren nach besten Kräften die Macht großer Konzerne.

Eigentumsordnung: Gewinne sind der Motor für das wirtschaftliche Handeln. Nur wer Gefahr läuft, durch Verluste sein eingesetztes Kapital zu verlieren, handelt risikobewusst und vermeidet Verschwendung. Deshalb ist Privateigentum an den Produktionsmitteln unumgänglich.

Geld- und Währungsordnung: Ebenso wie der menschliche Organismus für sein einwandfreies Funktionieren einen stabilen Blutkreislauf benötigt, erfordert das Funktionieren einer modernen Volkswirtschaft stabiles Geld. Nur eine von den Regierungen unabhängige Institution - nämlich eine autonome Zentralbank wie die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank kann auf Dauer die Geldwertstabilität garantieren.

Tarifautonomie: Die eigenverantwortliche Regelung der Arbeitsbedingungen durch die Tarifpartner hält den Staat aus Verteilungskonflikten zwischen Arbeit und Kapital heraus. Außerdem sind Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften aufgrund ihrer Sachnähe kompetenter als staatliche Institutionen, einen fairen Interessenausgleich auszuloten. In Deutschland greift der Staat aber immer häufiger in die Tarifautonomie ein- siehe Mindestlöhne.

(Wolfgang Larmann, Krisenfest?, in: Wirtschaft und Unterricht. Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln Nr. 2/2009, Auszug.)

M 8: Wie die Krise entstand

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die inzwischen die ganze Welt beschäftigt, hatte ihren Ausgangspunkt in den USA, wo die Banken massenhaft sogenannte Sub-Prime-Hypotheken an Wenigverdiener vergaben, immer in der Hoffnung auf rasant steigende Immobilienpreise und mit der Gewissheit der Bankenvertreter, an den Abschlüssen gut zu verdienen. Die „Giftpapiere“, wie sich inzwischen angesichts des Preisverfalls für Immobilien herausgestellt hat, sind mit hohen Renditeversprechen (Rendite Erträge, die Red.) weltweit an Banken weiterverkauft worden, die nach dem Platzen der Preisblase ihre Probleme bekamen. Dabei

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

haben auch deutsche Kreditinstitute erhebliche Fehler begangen, wie Eberhard von Koerber zugestand: „Niemand wird bestreiten, dass das Risikomanagement der Akteure in den Finanzmärkten, die massiv in amerikanischen Sub-Prime-Papieren und anderen hochkomplizierten Finanzprodukten investiert waren und sind, mangelhaft war. Gehälter und Boni in den großen, börsennotierten Unternehmen der Finanzbranche im In- und Ausland sind vielfach an falsche, zu kurzfristige Anreize gekoppelt gewesen. Die Verantwortung hierfür liegt in erster Linie bei den Aufsichtsräten, in denen auch die Arbeitnehmervertreter (von den Gewerkschaften gestellt, die Red.) verfehlte Gehalts- und Bonussysteme mitgetragen haben.“

Andererseits bietet sich in Deutschland vielfach ein anderes Bild: Mehr als 90 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind Familienbetriebe mit eigenen Regeln und langfristigem Erfolg. Trotzdem wird das Image der Unternehmen hierzulande fast ausschließlich durch die DAX-Konzerne (DAX = Kursindex der 30 führenden deutschen Aktiengesellschaften) bestimmt. Von Koerber: „Doch während in den DAX-30-Unternehmen in den vergangenen Jahren Personal abgebaut wurde, haben Familienunternehmen unterm Strich Arbeitsplätze geschaffen bei durchschnittlich höherem Umsatzwachstum als bei den DAX-30-Unternehmen. Auch der überwiegende Teil der Ausbildungsplätze in Deutschland wird von kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen. Sie leisten einen großen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland - ohne dass die breite Öffentlichkeit dies wahrnimmt.“

(Wolfgang Larmann, Krisenfest?, in: Wirtschaft und Unterricht. Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln Nr. 3/2009, Auszug.)

M 9 Die soziale Marktwirtschaft in der Finanzkrise

Modell Deutschland

Von Karen Horn

05. Mai 2009 „Diese Krise zählt zu den unvermeidbaren. Nicht der geringste Abstrich ist zulässig von den drei Hauptsätzen der einzig treffenden Diagnose: Es lebt sich gut am Vesuv. Leider bricht er gelegentlich aus. Aber niemand weiß, wann.“ So brachte kürzlich ein früheres Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den aktuellen Tatbestand auf den Punkt. Bezeichnenderweise kommen die „drei Hauptsätze“ ohne die Worte „Kapitalismus“, „Marktwirtschaft“, „Wettbewerb“ oder auch nur „System“ aus. Der Vesuv, das sind wir Menschen selbst.

Was sich da als krisenanfällig erweist und gelegentlich ausbricht, das ist nämlich nicht irgendein System in all seiner Abstraktion. Der Vesuv, das ist mitnichten die freie Marktwirtschaft, wie man heute von Kritikern aller denkbaren Schattierungen immer wieder hören muss. Auch nicht der Kapitalismus, jenseits jeder klassenkämpferischen Terminologie schlicht und wohl verstanden als eine Wirtschaftsform, die zukunftsgerichtet durch Kapitalbildung, also Sparen und Investieren, auf Wohlstandsmehrung zielt - ein ökonomisches Miteinander, das sich in freiwilligen Austauschbeziehungen auf der Basis von Privateigentum an den Produktionsmitteln konkretisiert. [...]

Wenn Ludwig Erhard, der noch weitgehend unumstritten verehrte politische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, einst schrieb, „je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch“, dann machte ihn dies nicht zum verantwortungslosen Prediger eines „marktliberalen Kults“. Wer für freie Märkte wirbt, meint schließlich nicht regellose Märkte. Wer für freie Märkte wirbt, will Märkte, die effizient funktionieren - auf dass die Erhardsche Formel vom „Wohlstand für alle“ Wirklichkeit werde.

www.DDRMythen.de

Der Erfolg hat der Sozialen Marktwirtschaft recht gegeben. Der materielle Aufschwung, den Deutschland in und seit den fünfziger Jahren erlebt hat, brachte auch breite Zustimmung zu diesem Wirtschaftssystem, das als deutscher Sonderweg in der Welt begriffen und gehegt wurde. Doch man täusche sich nicht - diese Zustimmung aufgrund der Nützlichkeit des Systems hat es stets nur im Nachhinein gegeben. Als Ludwig Erhard 1948 den Startschuss für die Marktwirtschaft gab, indem er die Preiskontrollen abschaffte, ritt er keineswegs auf einer Welle der allgemeinen Begeisterung, weder bei den Alliierten noch in den Parteien und der Bevölkerung. Als sich dann nicht nur die Regale füllten, sondern auch die Preise stiegen, eskalierte der öffentliche Protest, der in einem Generalstreik kulminierte.

Damit sich die deutsche Gesellschaft auch heute noch hinter der Sozialen Marktwirtschaft versammeln kann, braucht es folglich mehr als ein Nützlichkeitsargument. Es braucht eine philosophische Begründung. Entgegen dem kruden utilitaristischen Materialismus der Kapitalismuskritiker sind Märkte nämlich nicht nur Wohlstandsmaschinen. Sie sind als Plattform der Interaktion auch soziale Räume - Räume, in denen es wesentlich, wie in den anderen Sphären der Gesellschaft auch, um individuelle Würde, Selbstbestimmung und Freiheit geht, und darauf aufbauend um gegenseitig vorteilhafte Kooperation im Rahmen allgemeiner Regeln gerechten Verhaltens.

Ein Rahmen von universellen Regeln

Der Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft im Geiste der Neoliberalen ist es, das generelle Streben nach persönlicher Freiheit von Zwang in der Sphäre des ökonomischen Austauschs in der Gesellschaft zu verwirklichen. Dazu braucht es, wie immer wieder betont worden ist, einen Rahmen von universellen Regeln.

Natürlich ist die Beobachtung korrekt, dass wir in der Marktwirtschaft Krisen erlebt haben, erleben und erleben werden. Es trifft auch zu, dass hier die Krisen häufiger vorkommen als in weniger freien Systemen. Doch selbst wenn hier Korrelation und Kausalität in eins fallen, so ist der Saldo doch immer noch positiv, wie es Wissenschaftler vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) vor einigen Jahren in einer gründlichen Studie nachgewiesen haben: Die dauerhaften Wohlstandsgewinne sind immer noch mit Abstand größer als die temporären Verluste im krisenhaften Kollaps.

Unabhängig von dieser materiellen Bilanz liegt in der Korrelation von Krise und Markt aber vor allem noch nicht die Antwort auf die eigentliche, systemische Schuldfrage. Die Wurzel des Übels liegt vielmehr woanders: in der *Conditio humana*. Und die ändert sich auch nicht mit einem anderen Wirtschaftssystem. Die Krisenanfälligkeit ist dem Menschsein an sich immanent. Denn unser menschliches Dasein ist geprägt von fundamentaler Unsicherheit und von regelmäßigen Interessenskonflikten. [...]

Nur im Kapitalismus kann es Selbstreinigung geben

Der Kapitalismus ist das einzige System, das sich aufgrund der idealerweise von externen Eingriffen unverzerrten, die individuellen Interessen abbildenden und koordinierenden Rückkopplungsprozesse immer wieder selbst korrigieren kann. Er ist das einzige System, das einen Mangel an Moral oder an Regeln nach gewisser Zeit anzeigt und uns dazu bringt, Moral oder Regeln neuerlich einzufordern. Nur in der Marktwirtschaft kann es solche Krisen überhaupt geben - und vor allem die damit verbundene Selbstreinigung und Innovation. [...]

Die Ergebnisse des Weltfinanzgipfels in London geben hier einigermaßen, wenn auch mit Einschränkungen, Anlass zur Hoffnung. Es scheint, die Lektion sei gelernt worden, dass poli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

tisches Handeln im Kern bedeuten muss, Spielregeln zu definieren. Das ist ein Fortschritt, den wir gar nicht hoch genug schätzen können. Wenn er von Dauer sein sollte, käme er einer kleinen kopernikanischen Wende im Selbstverständnis der Politik gleich. Dafür gilt es freilich noch den ad-hoc-interventionistischen Staat und den Abusus (Missbrauch, C.D.) einzudämmen, dass die Spielzüge selbst auch von hoheitlicher Hand ausgeführt werden. Nur dann kann für die Zukunft verhindert werden, dass es wieder zu einer verheerend exzessiven Geldpolitik, zu einer verantwortungslos kurzfristig denkenden Fiskalpolitik und zu unterlassenen Aufsichtspflichten kommt.

Karen Horn leitet das Berliner Hauptstadtbüro des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

(Karen Horn, Modell Deutschland, in: faz.net, 2009
(<http://www.faz.net/s/RubCF3AEB154CE64960822FA5429A182360/Doc~EE7141176048B4C339BBA1853D98B0D96~ATpl~Ecommon~Sspezial.html> am 09.05.09))

M 10: Köhler nimmt sich Banker zur Brust

Bundespräsident fordert in seiner „Berliner Rede“ auch Bescheidenheit

Es war wohl seine letzte große Rede vor der mit Spannung erwarteten Bundespräsidentenwahl im Mai: Deutschlands Staatsoberhaupt Horst Köhler hat die schon traditionelle „Berliner Rede“ einmal mehr dazu genutzt, um der Politik die Leviten zu lesen. Und der Finanzexperte gab den Bürgern in der Krise Orientierung.

()

Klartext geredet

Der Präsident redet Klartext. Auch weil er seit 2000, damals noch Chef des Weltwährungsfonds, gewarnt habe: „Doch es fehlte der Wille, das Primat der Politik über die Finanzmärkte durchzusetzen.“ Köhlers vierte „Berliner Rede“ ist zur einen Hälfte eine scharfe Abrechnung mit jenen Finanzjongleuren, „die sich nicht nur von der Realwirtschaft abgekoppelt haben, sondern von der. Gesellschaft insgesamt“. Fehlende Transparenz, Laxheit, unzureichende Aufsicht und Risikoentscheidungen ohne persönliche Haftung hätten die Krise heraufbeschworen. Das sei „Freiheit ohne Verantwortung“ gewesen. [...]

Die Stärke der Rede ist, dass sie die Ursachen der Krise schonungslos offenlegt, und auch, dass sie für die Neuordnung der Finanzmärkte eine Richtung vorgibt. [...]

Gerechterer Welthandel

Eine „Entwicklungspolitik für den ganzen Planeten“, den Kampf gegen Armut und Klimawandel sowie gerechten Welthandel fordert Köhler.

(Werner Kolhoff, Köhler nimmt sich Banker zur Brust, in: Rhein- Zeitung vom 25.03.09, S. 4)

G-20-GIPFEL IN LONDON

www.DDRMythen.de

Industriestaaten pumpen eine Billion Dollar in die Märkte

Die Industriestaaten reagieren mit dem größten Konjunkturprogramm der Geschichte auf die Wirtschaftskrise: Auf ihrem Gipfel in London beschlossen die G20, den Finanzmärkten 1100 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Hedgefonds werden streng reguliert, Steueroasen auf eine Schwarze Liste gesetzt.

London - Bei der Pressekonferenz zum Abschluss des G-20-Gipfels pries der britische Premier Gordon Brown die Handlungsfähigkeit der Weltgemeinschaft. Sie habe das bisher umfangreichste Ausgabenprogramm der Geschichte beschlossen, um der Wirtschaftskrise zu begegnen. Mit umgerechnet 817 Milliarden Euro sollen Finanzmärkte und Welthandel belebt werden.

Die neuen Finanzhilfen fließen zumeist über den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. Mittelfristig sollen dessen flüssige Mittel in zwei Tranchen um zusammen 500 Milliarden Dollar aufgestockt werden. Dazu soll auch noch das Grundkapital, die sogenannten Sonderziehungsrechte des IWF, um zusätzliche 250 Milliarden Dollar aufgestockt werden.

Die Weltbank bekommt nach den Angaben 100 Milliarden Dollar, um armen Ländern zu helfen. Sie sind von der schwersten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg besonders betroffen.

Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich zudem darauf, mit 250 Milliarden Dollar den vielfach kollabierten Welthandel wieder anzukurbeln. Das Geld soll als Versicherungen und Bürgschaften für Exportgeschäfte genutzt werden.

Insgesamt haben sich die Staats- und Regierungschefs auf sechs Kernvereinbarungen verständigt. So sollen Hedgefonds global reguliert werden. Das Bankgeheimnis müsse beendet werden. Für die Bankenwelt werde es neue Regeln für Bonus-Zahlungen geben. „Es gibt künftig keine Belohnung mehr für Versagen“, sagte Brown. Schwellenländer sollten mehr Mitspracherecht in der globalen Wirtschaftspolitik erhalten. Die G-20-Staaten wollen zudem ein neues weltweites Kontrollgremium schaffen. Damit solle die grenzübergreifende Zusammenarbeit bei der Identifizierung von Risiken auf den Finanzmärkten verbessert werden. Gemeinsam mit dem IWF solle „das Frühwarnsystem geschaffen werden, das die neue Weltwirtschaft benötigt“, sagte Brown. Es sei notwendig, dass die Welt alles unternehme, um wieder Vertrauen aufzubauen und sicher zu stellen, dass sich eine solche Krise nicht wiederhole.

Außerdem wurden Sofortmaßnahmen gegen Steuerparadiese beschlossen. Eine schwarze Liste der Steuerparadiese, die nicht mit den Behörden anderer Länder zusammenarbeiten, solle noch an diesem Donnerstag veröffentlicht werden, kündigte Brown an. Diesen Steueroasen drohten zudem Sanktionen. „Wir glauben, dass in dieser neuen globalen Zeit unser Wohlstand unteilbar ist“, betonte Brown.

Die schwarzen Listen sollten deutlich machen, „inwieweit Staaten gegen die OECD-Kriterien verstoßen oder sie noch nicht vollkommen erfüllen“, sagte Kanzlerin Angela Merkel auf einer Pressekonferenz nach dem Londoner Gipfel. Es sei mit britischer Hilfe gelungen, alle G-20-Mitglieder davon überzeugen, dass die Listen schnell veröffentlicht werden müssten. „Auch der amerikanische Präsident hat dort aktiv mitgearbeitet“, sagte Merkel. Die Schwarzen Lis-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ten betreffen mangelnde Zusammenarbeit im Kampf gegen Geldwäsche, gegen Steuerflucht sowie in Fragen der Finanzaufsicht.

www.DDRMythen.de

Vor allem China hatte sich in London gegen eine Veröffentlichung gewehrt. Deutschland und Frankreich hatten gemeinsam auf eine schnelle Veröffentlichung gedrungen. Ursprünglich sah es aber danach aus, dass allenfalls ein späteres Datum für die Veröffentlichung als Kompromiss möglich wäre.

Merkel wertete den G-20-Gipfel als Erfolg. Es sei ein „sehr, sehr guter, fast historischer Kompromiss“ gefunden worden, sagte sie am Donnerstag im Anschluss an die zweitägige Konferenz. Die Abschlusserklärung sei ein „Dokument des Handelns“. Man habe sich auf den Aufbau einer „klaren Finanzmarktarchitektur“ verständigt. Besonders hob Merkel die Einigung auf eine „klare Finanzmarktarchitektur“ mit stärkeren Regulierungen hervor.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy zeigte sich zufrieden mit den Beschlüssen des Gipfels in London. Er sei „froh“, sagte er. Die Ergebnisse gingen über das zuvor Erwartete hinaus. Vor dem Gipfel hatte Sarkozy gedroht, er werde frühzeitig abreisen, wenn sich keine konkreten Ergebnisse abzeichneten.

Die G-20-Staaten wollen laut Brown Ende des Jahres erneut einen Gipfel abhalten. Nach der Verkündung der Gipfelbeschlüsse legte die Börse in London um gut vier Prozent zu.

(Industriestaaten pumpen eine Billion Dollar in die Märkte, in: spiegel online, 2009 (<<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,617092,00.html> am 08.05.09))

3.4. Arbeitsaufträge für die gesamte Unterrichtsreihe

1. Teilen Sie die Klasse in zwei Gruppen ein:

Gruppe A erarbeitet die Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft und die Nachteile der Zentralverwaltungswirtschaft (M 1 – M 7; M0);

Gruppe B erarbeitet die Vorteile der Zentralverwaltungswirtschaft und die Nachteile der Sozialen Marktwirtschaft (M 1 – M 7; M0).

- 1.1 Gehen Sie bei Ihrer Analyse jeweils von der Struktur der von Ihnen zu untersuchen Wirtschaftsform aus, indem Sie das Verhältnis von Politik und Wirtschaft besonders beachten.
- 1.2 Beurteilen Sie die jeweilige Wirtschaftsform in Ihren Gruppen unter den Gesichtspunkten der individuellen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit (Verhältnis von Freiheit und Gleichheit) und der Effektivität (die Sie bei der Bearbeitung definieren).
- 1.3. Stellen Sie die Arbeitsergebnisse in der Klasse vor (wichtige Punkte an der Tafel). Vergleichen Sie die Arbeitsergebnisse und diskutieren Sie im Plenum Vor- und Nachteile der jeweiligen Wirtschaftsform.

2. Beschreiben Sie die Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 (M8) und beurteilen Sie die in M 9 – M11 aufgezeigten Maßnahmen zur Bewältigung der Krise, indem Sie die Einzelaspekte gewichten.

3. Nehmen Sie Bezug zu der in der Einstiegsphase von Ihnen entwickelten Mind Map und beurteilen Sie abschließend die Frage: „Hatte Marx doch Recht? Die Zentralverwaltungswirtschaft der DDR als Modell zur Krisenbewältigung?“ Begründen Sie Ihre Meinung.

4. QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS/LITERATURHINWEISE

www.DDRMythen.de

Deichmann, Carl, Abiturwissen. Der Weg zur Einheit und das vereinigte Deutschland, Stuttgart (2) 2000.

Deichmann, Carl, Lehrbuch Politikdidaktik, Wien/München 2004.

Glaeßner, Gert-Joachim, Politik in Deutschland, Wiesbaden (2) 2006, bes. Kap 4.3.1ff. zur Wirtschaftspolitik in der DDR.

Hättich, Manfred, Lehrbuch der Politikwissenschaft. Bd.2, Theorie der politischen Ordnung, Mainz 1969.

Hättich, Manfred, Demokratie als Herrschaftsordnung, Köln / Opladen 1967.

Horn, Karen, Modell Deutschland, in: faz.net, 2009
(<http://www.faz.net/s/RubCF3AEB154CE64960822FA5429A182360/Doc~EE7141176048B4C339BBA1853D98B0D96~ATpl~Ecommon~Spezial.html> am 09.05.09)).

Industriestaaten pumpen eine Billion Dollar in die Märkte, in: spiegel online, 2009
(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,617092,00.html> am 08.05.09)).

Kolhoff, Werner, Köhler nimmt sich Banker zur Brust, in: Rhein- Zeitung vom 25.03.09.

Larmann, Wolfgang, Krisenfest?, in: Wirtschaft und Unterricht. Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft, Nr. 2/2009, Köln.

Larmann, Wolfgang, Krisenfest?, in: Wirtschaft und Unterricht. Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft, Nr. 3/2009, Köln.

Narr, Wolf-Dieter, Theoriebegriffe und Systemtheorie. Einführung in die moderne politische Theorie, Stuttgart (2) 1971.

Schiller, Günter, Volkswirtschaftslehre. Eine entscheidungsorientierte Einführung. Darmstadt (8) 2002.

Schmidt, Manfred G., Das politische System Deutschlands, München 2007, S. 363 - 418 zur Wirtschaftsverfassung und zur Sozialpolitik.

Schürer, Gerhard, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, in: BStU, 2009 (http://www.bstu.bund.de/cIn_012/nn_925658/DE/MfS-DDR-Geschichte/Revolutionskalender/Okttober-1989/Dokumentenseiten/30-Okt__d/30__okt__01__text.html__nnn=true am 19.05.2009).

Weber, Hermann, Geschichte der DDR, München 1999, S. 147ff. zum „Aufbau des Sozialismus“.